

**Gegenstand: Bahnverkehrsaufkommen Bahnübergang Schützenstraße; Anfrage der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft vom 04.06.2006 (per E-Mail)
Vorlage: 0111/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Protokolles.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Anlässlich einer Veranstaltung der DB Regio AG am 21.06.2006 bei der Stadtverwaltung hatten wir Gelegenheit, die Fragen bzgl. des Bahnübergangs Schützenstraße der Gemeinschaftsfraktion von FDP und ödp vorzutragen. Danach ergeben sich folgende Antworten:

Zu 1:

Die DB Regio AG geht davon aus, dass aufgrund der Elektrifizierung der Bahnstrecke Speyer-Germersheim kein erhöhtes Güterzugaufkommen zu registrieren sein wird. Es wurde allerdings eingeräumt, dass ein verstärkter Güterverkehr allenfalls dann infrage kommen könnte, wenn auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke Germersheim-Graben-Neudorf ausgeführt worden ist. Die Planung sieht dafür einen Zeitraum bis 2009/2010 vor. Ob dann tatsächlich ein höheres Güterzugaufkommen auf der linksrheinischen Strecke zwischen Speyer und Germersheim zu verzeichnen sein wird, lässt sich heute noch nicht vorhersagen.

Zu 2:

Lärmschutzmaßnahmen sind folglich derzeit nicht angedacht.

Zu 3:

Ein verstärkter linksrheinischer Güterverkehr und damit verbundene deutlich erhöhte Schließzeiten am Bahnübergang Schützenstraße wären seitens der Stadt nicht hinnehmbar. In diesem Falle käme das Thema „Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs Schützenstraße“ automatisch wieder auf die Tagesordnung der politischen Diskussion. Die Stadtverwaltung wird die künftige Entwicklung weiter beobachten und ggfls. erforderliche Maßnahmen in die Wege leiten."

**Gegenstand: Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan 2020
hier: Auswertung der frühzeitigen Behörden- und
Öffentlichkeitsbeteiligung vom 24.10.-25.11.2005 gemäß § 1 (7)
BauGB, Beschluss zur Abwägung, Abwägung der Abweichungen von
Landschaftsplan und Umweltbericht, Beschluss zur zweiten
Behördenbeteiligung nach § 4 (2) BauGB
Vorlage: 0114/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die ausgiebige Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Umweltausschusses am 12.07.2006
Der Entwurf des neuen FNP berücksichtigt dabei die Themenschwerpunkte:
Demographische Entwicklung, Wohnbauflächen, Gewerbeflächenpotenzial und Einzelhandelsentwicklung.

Er vermittelt folgenden Verfahrensstand: Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung öffentlicher Träger wurde 2005 ausgelöst, die zur vorliegenden Planung führten. Mit dem Ratsbeschluss heute wird die förmliche Behördenbeteiligung und 2. förmliche Bürgerbeteiligung angestoßen, die nach der Sommerpause anlaufen soll und zu der eine Bürgerversammlung stattfinden wird.

Herr Ableiter erklärt für die BGS-Fraktion, dass das Planverfahren so nicht weiterlaufen sollte, weil wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt wurden, u.a. die Lärmbelastigungen entlang der B 9, der Hochwasserschutz und der Ausbau der Ganztagsbetreuung aller Kinder aller Schultypen. Speyer sollte eine Stadt der Geothermie werden. Der Bahnhof mit seinen Freiflächen sollte erhalten werden, weil die BGS eine Renaissance des Bahnverkehrs erwartet. Das Gewerbegebiet Sterngarten sollte ebenfalls bestehen bleiben. Die fahrradfreundliche Stadt ist in dem Konzept nur angedeutet. Zudem sei das Kanalnetz nördlich der Autobahn völlig unzureichend.

Herr Feinler äußert für die SPD-Fraktion im Großen und Ganzen Zustimmung, mit Ausnahme der Passagen, die den Ausbau des Flugplatzes betreffen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich durch Frau Pitsch dem an. Die Forderungen BGS sind nicht Bestandteil des FNP und werden durch Wiederholung nicht richtiger.

Herr Roßkopf stimmt für die SWG-Fraktion zu und bezeichnet den Verwaltungsentwurf als maßgeschneiderte Lösung für Speyer.

Herr Dr. Jung stellt fest, dass die vorliegende FNP-Fortschreibung die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft trifft. Außerdem stellt der Plan eine außerordentlich gute Aufstellung der Dinge dar, die Speyer zu bieten hat. Zudem kann die Planung durch die Bürgerversammlung noch weiterentwickelt werden. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion den Entwurf.

Auch Herr Rieser stellt fest, dass der Plan nicht in Beton gegossen und insgesamt gelungen ist. Die Aussagen zum Flugplatz sind für ödp zwar nicht akzeptabel, stellen aber keine Entscheidung über den Flugplatz dar und sind als nachrichtlich zu betrachten.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst bei einer Gegenstimme auf Empfehlung durch Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss (mit den dort verabschiedeten Änderungen) folgenden Beschluss:

1. Über die im Rahmen der Frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung (Scoping) eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Sitzungsvorlage entschieden.
2. Über die Abweichungen des FNP von Zielen des Landschaftsplans und Umweltberichts wird entsprechend der Sitzungsvorlage entschieden.
3. Der vorgelegte Planentwurf wird einschließlich seiner Begründung gebilligt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt auf dieser Grundlage die zweite Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB einzuleiten.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Passagen zum Ausbau des Flugplatzes ab.

Frau Boiselle-Vogler (SPD) und Herr Ableiter (BGS) nehmen bezüglich der Abwägungen für das Naherholungsgebiet Binsfeld nicht an der Abstimmung teil.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft - hier:
Aufstellungsbeschluss zum Sachlichen Teilflächennutzungsplan gem.
§ 5 (2b) BauGB
Vorlage: 0109/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende berichtet, dass ein nachbarschaftlicher Konsens mit den Gemeinden Dudenhofen und Römerberg gefunden wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung von Bau- und Planungsausschuss und
Umweltausschuss einstimmig:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Sachlichen Teilflächennutzungsplan Windkraft wird gemäß § 5 (2b) BauGB gefasst.

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 063 "Melchior - Hess - Gelände"
hier: Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur Einleitung der
frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB
sowie der Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger
öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0124/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses einstimmig:

1. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 063 "Melchior – Hess - Gelände" ist einzuleiten.
Für das Gebiet wird erstmals ein Bebauungsplan erstellt.
Durch den Bebauungsplan soll die Nachnutzung des Geländes vorbereitet und die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gebietes gewährleistet werden.
Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und auf dieser Grundlage die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2006 mit den Nachtragsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung
Vorlage: 0104/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die ausgesprochen frühzeitige Zustellung der Unterlagen. Der Nachtragshaushalt weist eine Verbesserung um rund 374.000 € aus. Der Hauptausschuss hat den Nachtragshaushalt einstimmig zur Verabschiedung empfohlen.

Herr Dr. Winterle erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Nachtrag für die Bürgerhospitalstiftung nicht zustimmen wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die 1. Nachtragshaushaltssatzungen mit den Haushaltsplänen der Stadt und der Waisenhausstiftung.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Bürgerhospitalstiftung wird mehrheitlich beschlossen und von der SPD-Fraktion abgelehnt.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Einführung der kommunalen Doppik
Vorlage: 0094/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass die Stadt Speyer die kommunale Doppik nicht zum 01.01.2007 gemäß § 1 Abs. 2 der Übergangsvorschriften des Landesgesetzes zur Einführung der kommunalen Doppik vom 02.03.2006 (KomDoppikLG) einführen wird. Die Einführung soll voraussichtlich zum 01.01.2008 erfolgen. Ob dies realisierbar ist, muss die Testphase im Laufe des Jahres 2007 zeigen.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der Stadtwerke Speyer GmbH und der Verkehrsbetriebe Speyer GmbH - Ergebnisverwendung des Jahresergebnisses 2004 der Stadtwerke Speyer GmbH
Vorlage: 0106/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um ein sehr erfreuliches Ergebnis handelt. Ob dies in Zukunft auch noch so sein wird, ist wegen der Entwicklung von Netzregulierungsfragen, die zur Zeit stattfinden, fraglich. Für Speyer ergeben sich aus der Kürzung der beantragten Stromnetzentgelte Auswirkungen in Höhe von 1,477 Mio € jährlich. Ab 2008 sind zusätzliche Belastungen durch die geplante Anreizregulierung zu befürchten. Dies kommt in Teilbereichen einer Enteignung der Netzbetreiber gleich. Die kommunalen Versorger werden belastet, während die 4 Großkonzerne davon profitieren können.

Herr Ableiter erklärt, dass die Parteien, die Abgeordnete nach Berlin und Brüssel schicken, Einfluss auf ihre Leute nehmen sollten, damit die Stadtwerke nicht schweren Schaden nehmen.

Er stellt die Frage, ob diese Situation die Erhaltung des neuen Kombibades gefährden könnte, kaum dass es eröffnet wird. Nach Ansicht des Vorsitzenden ist vieles noch im Bereich von Spekulationen, es wäre aber denkbar, dass in der Zukunft Einrichtungen geschlossen werden müssen.

Beschluss:

Jahresabschlüsse:

Der Stadtrat schlägt der Gesellschafterversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH einstimmig vor, den Jahresabschluss 2005 der Stadtwerke Speyer GmbH in der vorliegenden Fassung festzustellen.

Die Bilanzsumme beträgt	73.353.218,03
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzgewinn von	1.926.649,50
Verlust der Verkehrsbetriebe Speyer GmbH aus den Spartenergebnissen	
Stadtverkehr	1.110.929,98
Hafenbetrieb und Gleisanlagen	+ 235.364,22
Parkraumbewirtschaftung	+ 106.474,13
	<hr/>
	- 769.091,63
Anteil Verlust TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH	- 36.605,74
Aufwendungen aus Verlustübernahme	- 805.697,37
	<hr/>
Stromversorgung	+2.213.396,06
Gasversorgung	+1.126.161,47
Wasserversorgung	+ 590.046,36
Fernwärmeversorgung	+ 176.752,07
	<hr/>
	+4.106.355,96
	<hr/>

Gewinn vor Stadtbadverlust	+3.300.658,59
Stadtbad	- 374.009,09
Verbleibender Jahresüberschuss nach Verlustabzug und Steuern	+2.926.649,50
Vorabausschüttung	-1.000.000,00
Bilanzgewinn	+1.926.649,50

Ergebnisverwendung:

Der Stadtrat schlägt der Gesellschafterversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH einstimmig vor, den Bilanzgewinn 2005 in Höhe von 1.926.649,50 Euro in die Gewinnrücklage des Unternehmens einzustellen.

Die Verstärkung des Eigenkapitals ist vor allem im Hinblick auf den steigenden Kapitalbedarf durch den Bau des Sport-Kombibades und die Unwägbarkeiten künftiger
Ergebnisentwicklung vor dem Hintergrund der Regulierung des Energiemarktes erforderlich.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der Gemeinnützigen
Wohnungsbau (GEWO) GmbH und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0132/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt auf Empfehlung des Aufsichtsrates der GEWO mbH vom 11.07.2006 einstimmig zu, der Gesellschafterversammlung vorzuschlagen, den Jahresabschluss 2005 der GEWO mbH in der vorliegenden Fassung festzustellen.

Gegenstand: Stadtmarketing-Aktivitäten in der Weihnachts- und Silvesterzeit
Vorlage: 0125/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Fremdenverkehrsausschuss die Bereitstellung von insgesamt 15.000 € einstimmig empfohlen hat.

Herr Bürgermeister Brohm berichtet über die ausführliche Beratung, in deren Verlauf festgelegt wurde, dass die Dombeleuchtung wie im Vorjahr stattfinden sollte. Die Altpörtelbeleuchtung soll verbessert werden und wegen der Gilgenstraße auch auf der anderen Seite erfolgen.

Herr Dr. Winterle stellt die Frage, ob die Mittelbereitstellung alljährlich, wie in der Vorlage erwähnt, oder nur für diese Saison erfolgen soll. 25.000 € wären für die SPD schwer tragbar gewesen. Er regt an, der Handel solle sich mit dem gleichen finanziellen Betrag wie die Stadt engagieren.

Herr Batzer erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass man sich ebenfalls gegen einen Grundsatzbeschluss ausspricht.

Nach Ansicht der Verwaltung sollte der Beschluss zunächst für die kommende Weihnachtszeit gelten. Für die Folgejahre muss dann jeweils geprüft werden, wie die Finanzlage ist.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Fremdenverkehrsausschusses einstimmig, für die Architekturbeleuchtung in der Maximilianstraße und den lebenden Adventskalender vor dem Stadthaus in der kommenden Weihnachtszeit außerplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt 15.000 € bereitzustellen.

**Gegenstand: Neufassung der Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten der Stadt Speyer und in der Kindertagespflege.
Vorlage: 0115/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die empfehlende Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss und im Hauptausschuss.

Herr Ableiter erklärt, Kinderbetreuung sei das Wichtigste, deshalb lehnt die BGS-Fraktion die Vorlage ab, auch wenn BGS-Vertreter im Ausschuss versehentlich zugestimmt hat.

Herr Jaberg stellt aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass die Beiträge an sich abgesenkt oder ganz abgeschafft werden sollten. Weil aber ab dem 4. Kind keine Elternbeiträge mehr anfallen, kann sich die Fraktion der geringfügigen Erhöhung anschließen.

Die SPD-Fraktion wird sich laut Herrn Dr. Winterle enthalten. Die Finanzsituation der Stadt schließt eine Ablehnung aus. Die Verwaltung kann aber offenbar Geld für ein Archäologisches Schaufenster und die Weihnachtsbeleuchtung ausgeben. Auch bei der Grundstückswirtschaft könnte sorgsamer umgegangen werden. Daher kann die SPD bei der Kinderbetreuung einer Erhöhung nicht zustimmen.

Herr Dr. Jung weist darauf hin, dass das Kindergartengesetz einen Rahmen zulässt, in dem sich die Verwaltung bewegen kann und sollte. Herr Batzer erwidert, das Gesetz spreche in diesem Zusammenhang von einer Obergrenze, an der sich Speyer bewege.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen mehrheitlich die Verabschiedung der Neufassung der Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten der Stadt Speyer und in der Kindertagespflege in der beiliegenden Fassung.

- II. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis
- IV. z.d.A.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Schutzauftrag der Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung;
Einrichtung eines Kinderschutzdienstes
Vorlage: 0072/2006/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung von Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss einstimmig:

Mit der Einrichtung eines Kinderschutzdienstes wird der Caritasverband für die Diözese Speyer beauftragt.

Die Einrichtung soll an den Kinderschutzdienst Germersheim angeschlossen werden.
Die Kosten betragen laut Angebot des Diözesancaritasverbandes 36 600,00 €

Die Stadt Speyer beantragt beim Rhein-Pfalz-Kreis eine Kostenbeteiligung in Höhe von 40 %.

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Ausschussumbesetzungen; Stadtrechtsausschuss,
Fremdenverkehrsausschuss
Vorlage: 0107/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig folgende Umbesetzung:

Gremium:	Mitglied:
Stadtrechtsausschuss (26.)	neu: Heinz-Peter Wierig Stöberstraße 10 für: Inga Hahn, geb. Bauer

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig folgende Umbesetzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter/in:
Fremdenverkehrsausschuss (9.)	neu: Doris Brech-Hugo (bisher Stellvertreterin)	neu: Andrea Alvermann Kapuzinergasse 28 (bisher Mitglied)

14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 13.07.2006

14. Sitzung des Stadtrates 13.07.2006 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!